



## Block der Macht

In der Covid-19-Pandemie können Maßnahmen des Gesundheitsschutzes mit dem Interesse der Kapitalisten an Kapitalverwertung kollidieren. Die Klassenkämpfe in Deutschland während der Coronakrise (Teil I). Von Thomas Sablowski

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · DONNERSTAG, 17. SEPTEMBER 2020, NR. 218 · 1,90 EURO (DE), 2,10 EURO (AT), 2,60 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT WWW.JUNGEWELT.DE

### Expansive Geldpolitik

Die Modern-Monetary-Theorie hinterfragt neoliberale Dogmen. Gespräch mit Maurice Höfgen

3

### Politische Schizophrenie

A-49-Bau: Polizeiliche Räumung im Dannenröder Wald beginnt mit Segen der hessischen Grünen

4

### Wachsende Ungleichheit

30 Jahre Anschluss: Nach wie vor große Unterschiede beim Vermögen, Frauen in der Teilzeitalle

5

### Schwarzer Tag

Annäherung Israels an Bahrain und VAE beendet Waffenruhe mit Gaza. Siehe Kommentar Seite 8

6



# 29 neue Einzelfälle

Ein Polizeirevier voller Neonazis: Rechtes Netzwerk in NRW aufgefliegen. Berliner Beamte drangsalieren unterdessen Linke. Von Kristian Stemmler



»Übelste und widerwärtigste rassistische Hetze«: Extrem rechte Chatgruppen der Polizei NRW sollen bereits seit 2013 aktiv sein

Sie teilten Bilder von Adolf Hitler und Hakenkreuzen, belustigten sich über die fiktive Darstellung der Ermordung eines Flüchtlings in einer Gaskammer: In Nordrhein-Westfalen sind fünf Chatgruppen aufgefliegen, in denen mindestens 29 Polizeibeamte über ihre Handys neonazistische Inhalte ausgetauscht haben sollen. Nach Informationen des *Spiegel* richtet sich der Verdacht gegen eine komplette Dienstgruppe der Schutzpolizei in Mülheim an der Ruhr, die zum Präsidium in Essen gehört. Bei einer Pressekonferenz sprach NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) von einer »Schande für die Polizei« und »übelster und widerwärtigster rassistischer Hetze«.

In den Chats seien 126 Bilddateien mit strafrechtlich relevanten Inhalten entdeckt worden, so Reul laut *dpa*. Eine der Chatgruppen war offenbar bereits im Jahr 2013 gegründet worden. Alle 29 Beamte seien sus-

pendiert, gegen alle Disziplinarmaßnahmen eingeleitet worden. Reul kündigte eine Sonderinspektion für das Polizeipräsidium Essen an. *RP online* meldete, seit Mittwoch morgen seien 34 Polizeidienststellen und Privatwohnungen in Duisburg, Essen, Moers, Mülheim und Oberhausen von mehr als 200 Ermittlern durchsucht worden.

Auf die Idee, gegen die 29 Polizisten wegen der »Bildung einer kriminellen Vereinigung« gemäß Paragraph 129 Strafgesetzbuch vorzugehen, kam wohl keiner. In Berlin war dieser Paragraph hingegen am Mittwoch morgen erneut die Grundlage für Razzien gegen Linke. Die Karlsruher Bundesanwaltschaft ließ die Räumlichkeiten von fünf Beschuldigten in Berlin und der griechischen Hauptstadt Athen durchsuchen, wie Markus Schmitt, Sprecher der Behörde, gegenüber *jW* bestätigte. Erst vor gut zwei Wochen hatte die Staatsanwaltschaft Hamburg mutmaßliche Objekte

der Gruppe »Roter Aufbau Hamburg« wegen desselben Vorwurfs durchsuchen lassen. In Berlin seien auch Wohnungen von drei Personen durchsucht worden, die »nicht tatverdächtig« sind, zudem zwei weitere Objekte in Athen, so Schmitt. Die Frage, ob der Polizeieinsatz am Mittwoch mit den Razzien beim »Roten Aufbau« zusammenhänge, wollte der Sprecher nicht beantworten. Zu den durchsuchten Objekten in Berlin gehörte nach *jW*-Informationen die anarchistische Bibliothek Kalabalik in Kreuzberg. Der *Spiegel* berichtete, ein Brüderpaar aus Berlin stehe im Zentrum der Ermittlungen. Die Ermittler vermuteten Verbindungen zu den Protesten gegen den G-20-Gipfel in Hamburg im Juli 2017.

Für Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linke-Bundestagsfraktion, liegt der Verdacht nahe, dass die Razzien in Berlin und in Hamburg zusammenhängen. Sie dienten offenbar der »Stimmungs-

mache« im Vorfeld der bald in der Hansestadt beginnenden »Ronden-Prozesse« gegen mehr als 80 G-20-Gegner. Was die Anschlagsserie von Neonazis in Berlin-Neukölln und die »NSU 2.0«-Affäre angehe, träten die Behörden auf der Stelle – aber hier wird wieder munter die Keule des Paragraphen 129 gegen Linke geschwungen«. Zu den Ermittlungen in NRW sagte Jelpke, diese zeigten, »dass es keineswegs nur um Einzelfälle geht«. Die »braunen Seilschaften« bei der Polizei müssten endlich zerstört werden.

Dass die zunehmende Repression gegen Linke in Berlin auf Widerstand treffen wird, kündigte das seit 30 Jahren existierende linke Wohnprojekt »Liebig 34« am Mittwoch an. Auf Twitter machte es als Termin für die geplante Räumung des Hauses in Berlin-Friedrichshain den 9. Oktober, 7 Uhr, öffentlich: »Lasst uns die Räumung zum Desaster machen!«

### Libanon: Konflikt um Regierungsbildung

Beirut. Rund sechs Wochen nachdem die libanesische Regierung infolge der verheerenden Explosion im Hafen von Beirut zurücktrat, ist die Bildung eines neuen Kabinetts ungewiss. Die Versuche des designierten Premiers Mustapha Adib, eine »Expertenregierung« aufzustellen, stießen auf Gegenwehr, hieß es am Mittwoch aus dem Parlament. Adib bat demnach Staatschef Michel Aoun, ein geplantes Treffen um 24 Stunden auf diesen Donnerstag zu verschieben. Das Ringen um die Machtverteilung wird im Land kritisiert. »Es sieht so aus, als hätten einige nicht verstanden oder wollten nicht verstehen, dass die französische Initiative die letzte Chance ist, den Libanon zu retten und seinen Untergang zu verhindern«, schrieb Walid Dschumblat von der »Progressiven Sozialistischen Partei« auf Twitter. Paris hatte eine Frist zur Regierungsbildung gesetzt, bevor es Hilfe leisten will. (dpa/jW)

### Pipeline: Scholz macht USA Milliardenangebot



Berlin. Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) hat den USA nach einem Bericht der Zeitung *Die Zeit* im Zusammenhang mit der Ostseepipeline »Nord Stream 2« ein Milliardenangebot gemacht. Demnach hat Scholz Anfang August seinem US-Amtskollegen Steven Mnuchin erst mündlich, später schriftlich den Vorschlag unterbreitet, Deutschland sei bereit, den Bau von zwei Spezialhäfen in Brunsbüttel und Wilhelmshaven zum Import von Flüssiggas aus den USA zu finanzieren. Ein Sprecher von Scholz wollte laut *dpa* den Bericht am Mittwoch nicht kommentieren. Die USA drohen damit, Sanktionen gegen Beteiligte am Bau von »Nord Stream 2« auszuweiten. Die Pipeline zwischen Russland und Deutschland durch die Ostsee ist fast fertig. Kritiker werfen US-Präsident Trump vor, sie nur verhindern zu wollen, um mehr amerikanisches Flüssiggas in Europa verkaufen zu können. (dpa/jW)

## Geflüchtete: Soforthilfe gefordert

Nach Brand in griechischen Lagern: Aufrufe, deutlich mehr Menschen in BRD unterzubringen

Die Kritik an der Bundesregierung für die Entscheidung, lediglich 1.553 Geflüchtete aus Lagern von griechischen Inseln aufnehmen zu wollen, reißt nicht ab. Die Integrationsbeauftragten der Länder Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen fordern in einer gemeinsamen Erklärung vom Mittwoch von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU), »Soforthilfe zu leisten, nämlich das Lager aufzulösen und alle – nicht nur einen Teil der – Geflüchte-

ten auf menschenwürdige Unterkünfte in Europa zu verteilen«. Seehofer verteidigte am Mittwoch die Aufnahme von nur rund 1.500 Menschen, die anerkannt und schutzbedürftig seien, als »ausbalancierte Lösung«.

»1.500 sind natürlich besser als nichts. Das ist aber trotzdem für eines der reichsten Länder der Europäischen Union inakzeptabel«, sagte Jan Korte, parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion von Die Linke am Mittwoch dem *Redaktionsnetzwerk Deutschland*. Ähnlich äußerte sich der Sprecher der deutschen Sek-

tion des UN-Flüchtlingshilfswerk, Chris Melzer. Die BRD könne »als gut organisiertes, reiches Land mehr leisten«, zitierte ihn der *Deutschlandfunk* am Mittwoch. Zudem hätten ihn die Auswahlkriterien überrascht. »Es wäre vielleicht sinnvoller gewesen, man hätte vielleicht Menschen aufgenommen, die noch vor dem Asylverfahren stehen«, sagte Melzer der *dpa*. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hätte ihm zufolge ausreichend Kapazitäten und Know-how gehabt, um Griechenland bei der Bearbeitung von Asylanträgen zu unterstützen.

Auch diverse NGO forderten die Bundesregierung auf, deutlich mehr Geflüchtete aus Griechenland aufzunehmen. »Viele Städte und Kommunen haben erneut ihre Aufnahmebereitschaft signalisiert. Über 170 sichere Häfen stehen bereit!« erklärte das »Seebrücke«-Bündnis am Mittwoch. Laut Mitteilung des Bundesfachverbands unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge könnten derzeit »mit kurzem Vorlauf und unter Wahrung des Infektionsschutzes« 4.000 unbegleitete Minderjährige aufgenommen werden. (dpa/jW)

■ Siehe Seite 7

**jW** wird herausgegeben von  
2.351 Genossinnen und  
Genossen (Stand 21.8.2020)  
www.jungewelt.de/lpg

